

Interpellation 224

Nachholbedarf bei der Jugendarbeit?

Jona Studhalter und Johanna Küng namens der G/JG-Fraktion und Gianluca Pardini namens der SP-Fraktion vom 6. Dezember 2022

In den letzten zwei Jahren haben viele Jugendliche und junge Erwachsene unter den Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie stark gelitten. Begrenzte Bewegungsfreiheit, mangelnder sozialer Austausch und nur wenig oder eingeschränkte Treffpunkte für Jugendliche waren die Folge von zahlreichen Massnahmen. Die psychischen Folgen und die anhaltenden Herausforderungen machen das Thema Jugendarbeit virulent. Denn Jugendliche und junge Erwachsene sollen sich in der Stadt Luzern wohlfühlen und ausleben können – gerade aufgrund der Pandemie konnten viele wichtige Erfahrungen in vielerlei Hinsicht nicht gemacht werden. Zugleich hat der Nutzungsdruck im öffentlichen Raum in den letzten Jahren aufgrund der warmen Sommertage nochmals zugenommen. Die Interpellanten sind der Ansicht, dass sich die Stadt Luzern mit der Frage über die Zukunft der Jugendarbeit beschäftigen muss.

Die Interpellant*innen bitten den Stadtrat um Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Welche Angebote im Bereich Freizeit gibt es für Jugendliche in der Stadt Luzern? Welche Angebote werden von der Stadt Luzern betreut und angeboten?
2. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass das Freizeitangebot genügend ausgebaut ist? Falls nein, kann der Stadtrat konkrete Beispiele nennen, bei denen es an genügend Freizeitangeboten fehlt?
3. Sieht der Stadtrat Nachhol- oder Ausbaubedarf im Bereich Jugendarbeit oder in Bezug auf die bestehenden Angebote?
4. Erkennt der Stadtrat einen Zusammenhang zwischen der psychologisch-psychiatrischen Unterversorgung bei Jugendlichen und den Konflikten im öffentlichen Raum (z.B. Ufeschöttli)?
5. Gibt es sinnvolle Konzepte, mehr Freizeitangebote in den Quartieren zu realisieren, um so den Nutzungsdruck des öffentlichen Raums – gerade im Zentrum und am See – zu reduzieren?
6. Plant der Stadtrat, die Massnahmen gemäss Legislaturziel-Massnahme M3.2f¹ dem Grossen Stadtrat vorzulegen?

¹ M3.2f «Die Stadt Luzern lässt bis Ende 2023 eine Analyse erstellen zum bedarfsgerechten Zugang zu Ansprech- und Vertrauenspersonen bei Jugendlichen, die sich oft im öffentlichen Raum aufhalten. Die Analyse zeigt allfällige Lücken auf und schlägt Massnahmen vor zuhanden der zuständigen Instanz.»